



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

Info-Brief März 2020

COVID-19 Dossier

Die bag arbeit e.V. hat auf ihrer Internetseite [aktuelle Informationen](#) zum Corona-Virus und den Auswirkungen auf den Bereich Arbeit und Soziales zusammengestellt

Corona-Pandemie: Gemeinnützige Betriebe stehen unter Druck

Durch die Pandemie des neuartigen Coronavirus sind in Deutschland unzählige Arbeitsplätze gefährdet. Fehlende Einnahmen und die Stilllegung diverser Arbeitsbereiche bedrohen dabei auch gemeinnützige Beschäftigungsbetriebe mit und damit den sozialen Arbeitsmarkt.

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

Coronavirus: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden ausgesetzt

Laut einem Informationsschreiben des Arbeitsministeriums werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die eine physische Anwesenheit der Teilnehmenden erfordern, zunächst ausgesetzt. Auch die Zuweisung von neuen Teilnehmenden wird damit unterbrochen.

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

Sozialer Arbeitsmarkt: Mehrheit der Förderungen ist auf maximal zwei Jahre befristet

Nur für rund ein Viertel der geförderten Beschäftigungsverhältnisse im neuen Instrument Teilhabe am Arbeitsmarkt ist die Ausschöpfung der maximalen Förderdauer von fünf Jahren geplant. Wie sich die Förderungen tatsächlich entwickeln, wird außerdem maßgeblich von der Arbeitsmarktlage infolge der Corona-Pandemie abhängen.

[Weiterlesen](#) bei O-Ton Arbeitsmarkt

Coronavirus gefährdet Bildungsanbieter

Seminare fallen aus, Fortbildungen müssen abgesagt werden, internationale Begegnungsmaßnahmen finden nicht statt: In Jugendbildungsstätten und Akademien, bei Vereinen und Organisationen der Jugend- und Bildungsarbeit häufen sich die Absagen von Veranstaltungen wegen COVID-19. Nun fordert der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB) die Bundesregierung auf, mit ihren Maßnahmenpaketen auch die zivilgesellschaftlichen Akteure der Jugend- und Bildungsarbeit zu unterstützen.

[AdB: Coronavirus bedroht die Existenz von Jugend- und Bildungseinrichtungen](#)

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Teilnehmer/innenversorgung und Finanzierung der Bildungsträger garantieren

Ein Bündnis von Bildungsträgern fordert Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil auf, die Versorgung von Teilnehmern/innen auch während der Corona-Virus-Krise zu garantieren. Auch wenn Maßnahmenorte geschlossen werden sollten, seien die Maßnahmen selbst aber bestmöglich online oder durch andere Methoden fortzuführen. Die Bildungsträger weisen darauf hin, dass sie einen Teil ihrer Leistungen den Teilnehmer/innen von Maßnahmen trotz Schließungen auch weiterhin anbieten können, beispielsweise durch Online-Formate oder Telefoncoaching für Betreuung und Austausch. In einem [Schreiben an Minister Heil](#) fordern die Verbände, die avisierten Maßnahmen nicht zu unterbrechen, sondern auch ohne die "face to face" Betreuung der Teilnehmenden rechtlich sowie so weit wie möglich online oder durch andere Methoden weiterlaufen zu lassen und eine uneingeschränkte Finanzierung der Bildungsträger zu garantieren.

Quelle: *Jugendsozialarbeit News vom 23. März 2020*

Zweckbetriebe in der Coronakrise erhalten

[Gemeinsamer Brief](#) von bag arbeit, BBB, EFAS und VDP an Hubertus Heil und die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales, der auf die finanziell prekäre Situation der Zweckbetriebe hinweist.

BA: Nutzung digitaler Lernformen

Für Maßnahmen, die weiterhin digital umgesetzt werden können, hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) Hinweise zur Umsetzung veröffentlicht: [Nutzung digitaler Lernformen](#)

Die Wohlfahrtspflege unter Rettungsschirm der Bundesregierung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) begrüßt den Beschluss des Bundeskabinetts, die Arbeit ihrer gemeinnützigen Träger unter den Schutz des Corona-Rettungsschirms zu nehmen. In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) sind die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie Deutschland und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland zusammengeschlossen.

[Weiterlesen](#) in der Pressemitteilung vom 23.03.2020

Coronavirus - Informationen und Hinweise des NRW-Arbeitsministeriums für Träger

Das NRW-Arbeitsministerium informiert zum Umgang mit den Auswirkungen verschiedener Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Corona-Virus auf die Umsetzung arbeitspolitischer Programme. Aufgrund großer Nachfrage wurde eine FAQ-Liste mit Antworten zu häufig gestellten Fragen zu den einzelnen Fördermaßnahmen zusammengestellt. Die Information richtet sich an Zuwendungsempfänger und soll eine einheitliche Umsetzung während der Corona-Epidemie gewährleisten. Darüber hinaus werden alternative Möglichkeiten zum Nachweis der Tätigkeiten dargestellt.

[Mehr Infos](#)

Regierungsentwurf "Arbeit-von-morgen-Gesetz"

[Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung](#) - Regierungsentwurf vom 10.03.2020.

Ein Kommentar des DGB zum Kabinettsbeschluss des "Arbeit-von-Morgen-Gesetzes" in der [DGB Pressemitteilung 012 vom 10.03.2020](#)

Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft

Am 1. März 2020 ist das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft getreten. Mit dem Gesetz wird der Arbeitsmarktzugang für Fachkräfte aus Staaten außerhalb der Europäischen Union erweitert.

[Weiterlesen](#)

Spürbare Verbesserungen beim Aufstiegs-BaföG

Die finanzielle Förderung für den Unterhalt, der Zuschuss für den Lehrgang, für Prüfungsgebühren und für das Prüfungs-/Meisterstück werden deutlich verbessert. Mehr Fortbildungen sind förderbar. Die Reform des Aufstiegs-BaföG (ehemals: Meister-BaföG) greift viele Initiativen des DGB auf. Damit wird die berufliche Fortbildung deutlich gestärkt. Heute hat auch der Bundesrat das Gesetz beschlossen, es tritt zum 1. August 2020 in Kraft.

[BundesratKOMPAKT: Bundesrat entscheidet über AFBG](#)

Bundesrechnungshof: Jobcenter rechnen sich schön

Aus der Pressemitteilung des Bundesrechnungshofs (BRH) wird deutlich, dass die Jobcenter Rumtricksen und Schummeln: *"Der Bundesrechnungshof prüfte, wie die Jobcenter in gemeinsamer "Einrichtung (Jobcenter) den Status der Arbeitslosigkeit und weitere Statusvarianten bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erfassten. ... Die Jobcenter haben Leistungsberechtigte insbesondere nach beendeten Integrationskursen oder Eingliederungsmaßnahmen nicht wie geboten wieder in den Vermittlungsprozess eingebunden, beraten und arbeitslos gemeldet. Zudem löschten sie frühere korrekte Arbeitslosphasen von Leistungsberechtigten. Dadurch können sie die Langzeitarbeitslosenstatistik unrechtmäßig senken und reduzieren damit die Förder- und Integrationsmöglichkeit der Betroffenen".*

[Hier](#) die Pressemitteilung und die Stellungnahme des BRH.

Quelle: Thomé Newsletter 9/2020 vom 08.03.2020

Ergebnisse der aktiven Arbeitsmarktpolitik (SGB II) - Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

[Antwort der Bundesregierung](#) auf "Fragen nach dem Erfolg der Arbeitsförderung im Bereich des SGB II..."

"heute im bundestag" – Meldungen März 2020 – In chronologischer Reihenfolge**Passiv-Aktiv-Transfer wird oft genutzt**

Ende Januar 2020 wurde die Beschäftigung von rund 34.800 Menschen durch Lohnkostenzuschüsse nach Paragraph 16i SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) gefördert. Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/17486](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17177](#)) der FDP-Fraktion mit. Inwieweit bei diesen Förderungen, die Kern des Teilhabechancengesetzes sind, der Passiv-Aktiv-Transfer als Finanzierungsweg genutzt wird, kann die Bundesregierung zwar nicht beantworten. Mit Blick auf Daten des Jahres 2019 könne jedoch ausgegangen werden, dass der Anteil bei rund einem Viertel liege, schreibt die Regierung. Auf Ebene der Jobcenter stelle sich die Nutzung des Passiv-Aktiv-Transfers sehr positiv dar, so hätten Ende Januar 2020 98 Prozent der Jobcenter diesen Weg gewählt, um Maßnahmen des Teilhabechancengesetzes zu finanzieren, heißt es in der Antwort weiter.

Der Passiv-Aktiv-Transfer ist ein Finanzierungsweg für öffentlich geförderte Beschäftigung, aber kein arbeitsmarktpolitisches Instrument und keine Maßnahme. Grundgedanke ist, dass Mittel für "passive Leistungen", also für Arbeitslosengeld II und für die Kosten der Unterkunft und Heizung, die durch öffentlich geförderte Beschäftigung eingespart werden, nicht an den Gesamthaushalt zurückfließen, sondern zusätzlich zur Finanzierung der geförderten Beschäftigung herangezogen werden können.

Quelle: hib-Meldung 261 vom 09.03.2020

Qualifizierung und Kurzarbeit

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD wollen Beschäftigte besser für den Strukturwandel in der Arbeitswelt rüsten und Betriebe mit neuen Kurzarbeit-Regelungen während krisenhafter Zeiten unterstützen. Das sieht ein entsprechender Gesetzentwurf ([19/17740](#)) von Union und SPD vor, der am Freitag in erster Lesung vom Bundestag beraten und in der kommenden Sitzungswoche beschlossen werden soll. Damit möchte man sicherstellen, dass die erweiterten Kurzarbeit-Regelungen schon im April in Kraft treten und so die Unternehmen während der Corona-Krise unterstützen...

[Weiterlesen](#) in der hib Meldung 278 vom 11.03.2020

Arbeitszeiten in Deutschland

Rund 55 Prozent der männlichen und 35 Prozent der weiblichen Beschäftigten arbeiten "normalerweise" zwischen 40 bis 48 Stunden pro Woche. Weniger als 35 Stunden pro Woche arbeiten rund fünf Prozent der Männer und knapp 37 Prozent der Frauen. Mehr als

48 Stunden pro Woche arbeiten rund zehn Prozent der Männer und knapp vier Prozent der Frauen. Das ist das Ergebnis von Auswertungen des Linked Personnel Panel (LPP) 2019, auf das sich die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/17621](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17237](#)) der Fraktion Die Linke bezieht. Im Rahmen dieser LPP-Beschäftigtenbefragung wurde danach gefragt, wie viele Stunden die Beschäftigten "normalerweise" pro Woche arbeiten. Damit lasse sich also nicht die "Regelmäßigkeit" dieser Arbeit darstellen, so der Verweis der Regierung.

Quelle: hib-Meldung 282 vom 11.03.2020

Integration von Flüchtlingen

Nach revidierten Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit gab es im Jahr 2018 in der Jahressumme rund 8.000 Zugänge in arbeitsmarktpolitischen Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM). Im Jahr 2017 waren es 19.000, wie aus einer Antwort ([19/17678](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/17260](#)) der AfD-Fraktion hervorgeht. Im Jahr 2018 hat es demnach pro Monat durchschnittlich 3.000 Teilnehmer an FIM gegeben, im Jahr 2017 waren es 7.000. Eine nach Bundesländern differenzierte Darstellung liege nur auf Basis unrevidierter Daten vor, schreibt die Regierung.

Quelle: hib-Meldung 298 vom 16.03.2020

Berufliche Weiterbildung 2019

Von Januar bis Oktober 2019 haben insgesamt rund 282.100 Erwerbstätige eine Maßnahme der beruflichen Weiterbildung begonnen, darunter sind rund 29.600 Eintritte im Rahmen der Beschäftigtenqualifizierung. Im Vorjahreszeitraum waren es insgesamt rund 251.800 Eintritte, darunter rund 27.000 im Rahmen der Beschäftigtenqualifizierung. Das schreibt die Bundesregierung unter Bezug auf Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) in ihrer Antwort ([19/17878](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/17070](#)) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Demnach gab es nach BA-Angaben von Januar bis Oktober 2019 rund 116.200 Eintritte in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung von Teilnehmenden, die vorher Arbeitslosengeld II (ALG II) bezogen haben, darunter rund 4.200 Eintritte im Rahmen der Beschäftigtenqualifizierung. Im Vorjahreszeitraum waren es insgesamt rund 104.200 Eintritte von ALG-II-Beziehenden, darunter rund 6.900 im Rahmen der Beschäftigtenqualifizierung.

Quelle: hib-Meldung 313 vom 23.03.2020

Arbeitslose Menschen mit Behinderungen

Nach Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) gab es im Jahresdurchschnitt 2018 rund 157.000 arbeitslose schwerbehinderte Menschen, im Vergleich zu rund 175.000 im Jahresdurchschnitt 2010. Das teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/17433](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/16945](#)) der FDP-Fraktion mit. Die Arbeitslosenquote schwerbehinderter Menschen lag demnach im Jahr 2018 bei 11,2 Prozent und ist deutlich höher als eine entsprechend berechnete personengruppenübergreifende Referenzquote (2018: 6,5 Prozent). Im Jahresdurchschnitt 2018 gab es laut Bundesregierung rund 68.000 langzeitarbeitslose schwerbehinderte Menschen. Das waren 43 Prozent aller arbeitslosen schwerbehinderten Menschen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen insgesamt an allen Arbeitslosen betrug 35 Prozent. Schwerbehinderte Menschen seien demnach unter den Langzeitarbeitslosen überrepräsentiert, schreibt die Regierung.

Quelle: hib-Meldung 327 vom 25.03.2020

Einstimmig für sozialen Schutz

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales hat am Mittwoch, 25.03.2020, dem Sozialschutzpaket ([19/18107](#)) der Koalitionsfraktion von CDU/CSU und SPD zugestimmt. Mit dem umfangreichen Gesetzespaket sollen die Folgen vor allem für Beschäftigte und Kleinselbstständige abgemildert werden, die durch die Corona-Krise signifikante finanzielle Einbußen erleiden.

Der Gesetzentwurf sieht einen erleichterten Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen und eine bessere Absicherung sozialer Dienstleister vor. So soll unter anderem der Zugang

zu den Grundsicherungssystemen vorübergehend erleichtert und die Bemessung des Kinderzuschlags vorübergehend an die gegenwärtige Situation angepasst werden...

[Weiterlesen](#) in der hib Meldung 330 vom 25.03.2020

AWO Forderung zur bedarfsdeckenden Ausgestaltung der Hartz IV-Regelsätze

Im Jahr 2020 steht wieder eine grundlegende Neubemessung der Hartz-IV-Regelsätze auf der Tagesordnung. Anlässlich der anstehenden Neuberechnung der Regelsätze fordert die Arbeiterwohlfahrt gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in einem Brief an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und an Mitglieder des Deutschen Bundestages, die Regelsätze dieses Mal bedarfsdeckend auszugestalten.

[Weiterlesen](#)

Arbeitsrecht

Corona und Arbeitsrecht: FAQ für Arbeitnehmer/innen

Der DGB [informiert](#) über Alles, was Beschäftigte in der Corona-Krise wissen müssen: von Homeoffice über Dienstreisen und Kinderbetreuung bis zu Überstunden und Minijobs.

Schwerbehinderte Bewerber nicht benachteiligen

Geht dem öffentlichen Arbeitgeber die Bewerbung einer fachlich nicht offensichtlich ungeeigneten schwerbehinderten oder dieser gleichgestellten Person zu, muss er diese zu einem Vorstellungsgespräch einladen.

Unterlässt er dies, ist er dem/der erfolglosen Bewerber/in allerdings nicht bereits aus diesem Grund zur Zahlung einer Entschädigung nach § 15 Abs. 2 AGG verpflichtet. Das Unterlassen einer Einladung zu einem Vorstellungsgespräch ist lediglich ein Indiz im Sinne von § 22 AGG, das die Vermutung begründet, dass der/die Bewerber/in wegen seiner/ihrer Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung nicht eingestellt wurde. Diese Vermutung kann der Arbeitgeber nach § 22 AGG widerlegen.

Bundesarbeitsgericht, [Urteil vom 23. Januar 2020 – 8 AZR 484/18](#)

Fristlose Kündigung bei Kundendatenmissbrauch

Ein IT-Mitarbeiter ist verpflichtet, sensible Kundendaten zu schützen und darf diese nicht zu anderen Zwecken missbrauchen. Ein Verstoß gegen diese Pflichten rechtfertigt in der Regel eine fristlose Kündigung durch den Arbeitgeber.

Arbeitsgericht Siegburg, [Urteil vom 15. Januar 2020 – 3 Ca 1793/19](#)

Aktuelles aus dem Internet

Neue IAB-Infoplattform:

“Corona - Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt“

Wirtschaft und Arbeitsmarkt stehen durch die Ausbreitung des Coronavirus vor großen Herausforderungen. Zur Unterstützung von Beschäftigten und Unternehmen hat der Bundestag im Eilverfahren u.a. einen leichteren Zugang zum Kurzarbeitergeld beschlossen. Die [IAB-Infoplattform](#) stellt Einschätzungen aus Forschung und Politik zu den Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung und notwendige Maßnahmen in Deutschland zusammen.

Corona – ver.di veröffentlicht FAQ für Solo-Selbstständige

ver.di hat sein Mitgliederinfoportal zu Corona: [FAQ für Solo-Selbstständige](#) freigeschaltet. Diese FAQ erläutern, welche Hilfen beschlossen und geplant sind, welche aktuellen rechtlichen Bedingungen gelten und was auf dieser Grundlage konkret getan werden kann.

Der DGB informiert über neue Regelungen zur Kurzarbeit und Kurzarbeitergeld

In der Corona-Krise stellen sich für Arbeitnehmer/innen viele Fragen rund um Kurzarbeit und Kurzarbeitergeld: Muss ich Kurzarbeitergeld beantragen oder mein Arbeitgeber? Muss ich etwas unterschreiben, um Kurzarbeitergeld zu bekommen?

[Weiterlesen](#)

DGB Infos und FAQs für Auszubildende, junge Beschäftigte und Studierende

Die derzeitige Entwicklung rund um den Coronavirus und die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt stellen auch Auszubildende und junge Beschäftigte vor viele Fragen.

[Hier](#) findet ihr alle wichtigen und laufend aktualisierte zielgruppengerechten FAQs rund um das Thema.

Unternehmensrisiken meistern und Chancen nutzen

Das kostenfreie Online-Lerntool "CASSANDRA" unterstützt Unternehmer/innen, mit einem Risiko- und Chancenmanagement, um ihre Unternehmen zukunftsfest zu machen und Krisen erfolgreich zu meistern.

Die emcra GmbH aus Berlin hat mit Unterstützung der EU dieses Online-Lerntool entwickelt. Lesen Sie mehr in dieser [PDF-Datei](#).

IAB-Forum: Frauen müssen mitunter höhere Hürden überwinden, um aus der Grundsicherung heraus eine Arbeit aufzunehmen

Frauen beziehen im Schnitt länger Leistungen aus der Grundsicherung als Männer. Das liegt auch daran, dass sie sich schwerer tun, eine bedarfsdeckende Erwerbsarbeit zu finden. So bietet der Arbeitsmarkt vor Ort Frauen und Männern zum Teil unterschiedlich gute Beschäftigungschancen. Hinzu kommt, dass sich Frauen häufiger um die Betreuung von Kindern oder um die Pflege von Angehörigen kümmern.

Den vollständigen Beitrag lesen Sie im Online-Magazin "[IAB-Forum](#)"

"Berufe auf einen Blick" aktualisiert

Die [interaktiven Visualisierungen](#) "Berufe auf einen Blick" und "Berufe auf einen Blick - MINT" bieten einen guten Überblick über die Arbeitsmarktsituation in den verschiedensten Berufsfeldern. Ab sofort sind auch die Jahresdaten 2019 verfügbar.

Neue Lernplattform für die Erwachsenenbildung

Das Informations- und Vernetzungsportal [wb-web.de](#) wurde um einen Lernbereich erweitert. Etwa 530.000 Lehrende in der allgemeinen und beruflichen Erwachsenenbildung sind die potenziellen Nutzer/innen von individuellen, multimedial aufbereiteten Lerninhalten.

[Weitere Infos](#)

Was wissen wir über die Erwerbstätigkeit von Geflüchteten in Deutschland?

Menschen, die zwischen 2013 und 2016 nach Deutschland geflüchtet sind, ist die Integration in den Arbeitsmarkt schneller gelungen, als dies bei früher Geflüchteten der Fall war. Das zeigen die im IAB-Kurzbericht 4/2020 veröffentlichten aktuellen Analysen.

Im Online Magazin "[IAB Forum](#)" werden wichtige Fragen und Antworten zum IAB-Kurzbericht 4/2020 zusammengestellt.

Integration von Geflüchteten in Unternehmen erleichtern

Geflüchtete gewinnen als Arbeitskräfte für den europäischen Arbeitsmarkt zunehmend an Bedeutung. Doch Unternehmen ist nicht immer klar, wie sie die Fähigkeiten, die Geflüchtete mitbringen, bestmöglich nutzen können. Die Strategische Partnerschaft "COME IN" unter Koordination des Landkreises Kassel hat einen eLearning-Kurs sowie weitere nützliche Tools für Unternehmen entwickelt, um ihnen die Einstellung von Geflüchteten zu erleichtern.

[Nationale Agentur beim BIBB: eLearning-Kurs für Unternehmen](#)

Veröffentlichungen

IAB-Stellungnahme 1/2020:

Zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung

Das IAB geht in seiner [Stellungnahme](#) zum Gesetzentwurf zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung auf folgende Aspekte ein: Weiterentwicklung der Regelungen des Qualifizierungschancengesetzes, Qualifizierung in der Transfergesellschaft, Rechtsanspruch auf Förderung des Nachholens eines Berufsabschlusses, Kurzarbeit, Verstetigung der Assistierten Ausbildung, Verlängerung der Regelung zur Weiterbildungsprämie, Maßnahmezulassung und Bundesdurchschnittskostensätze sowie Arbeitsuchen- und Arbeitslosmeldung.

IAB: Betriebe stellen Langzeitarbeitslose meistens über Arbeitsagenturen oder persönliche Kontakte ein

Bei 29 Prozent der Einstellungen von Langzeitarbeitslosen hatten die Betriebe die Stellen mithilfe der Arbeitsagenturen besetzt. 25 Prozent der Einstellungen von Langzeitarbeitslosen kamen über persönliche Kontakte zustande. An dritter Stelle stehen Initiativbewerbungen Langzeitarbeitsloser mit 14 Prozent. Das geht aus dem [IAB Kurzbericht 6/2020](#) hervor.

Neue Ergebnisse zu Niedrig- und Mindestlohnbeschäftigung in Deutschland

Frauen, beruflich gering Qualifizierte sowie befristet Beschäftigte haben ein höheres Risiko, im Niedriglohn- beziehungsweise Mindestlohnsektor beschäftigt zu sein.

Zu diesem [Ergebnis](#) kommen Matthias Dütsch und Ralf Himmelreicher von der Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

Equal Pay Day – mit Tarifverträgen zu mehr Lohngerechtigkeit

Frauen verdienen durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer. Dort, wo Tarifverträge gelten, ist die Kluft zwischen den Gehältern deutlich kleiner. Die Politik sollte deshalb die Tarifbindung stärken und Maßnahmen ergreifen, die Männern und Frauen die gleiche Teilhabe an Erwerbs- und Sorgearbeit ermöglichen - so der neue [DGB klartext](#).

Gender-Pay-Gap: Bruttostundenverdienste – Bund/Länder 2014 bis 2019

Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) hat vier unkommentierte Tabellen zum Gender-Pay-Gap im Bund und in den Ländern in den Jahren 2014 bis 2019 veröffentlicht. [Weiterlesen](#)

DIW Berlin: Gender Pay Gap: Nicht nur auf dem Gehaltszettel, sondern auch in den Köpfen

Die Verdienstlücke zwischen Frauen und Männern, der sogenannte Gender Pay Gap, variiert stark mit dem Alter der Beschäftigten: Bei etwa 50-Jährigen ist der Unterschied in den Bruttostundenlöhnen, der im Durchschnitt 21 Prozent beträgt, in etwa drei Mal so groß wie zwischen Frauen und Männern im Alter von bis zu 30 Jahren. Der Gender Pay Gap schlägt sich derweil nicht nur auf dem Gehaltszettel nieder, sondern zeigt sich auch in Umfragen. So haben Frauen mit Blick auf ihre künftigen Löhne deutlich geringere Erwartungen als Männer. Darüber hinaus bewerten auch sie es als gerecht, wenn Frauen für dieselbe Arbeit ein niedrigeres Gehalt bekommen als Männer. Das sind [zentrale Ergebnisse dreier Studien](#), die anlässlich des bevorstehenden Internationalen Frauentages und des Equal Pay Days am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) entstanden sind.

Frauen haben im Job aufgeholt: Neuer WSI-Bericht beleuchtet 29 Indikatoren zur Gleichstellung

In den Bereichen Bildung, Erwerbstätigkeit und soziale Absicherung haben Frauen in den vergangenen Jahren aufholen können. Dazu haben auch bessere gesellschaftliche Rahmenbedingungen beigetragen, beispielsweise der Ausbau öffentlicher Kinderbetreuung.

Doch auch wenn die Abstände vielfach kleiner geworden sind, ist die durchschnittliche berufliche, wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen weiterhin oft schlechter als die von Männern. Wo es Fortschritte gegeben hat und wo nicht, beschreibt anhand von 29 Indikatoren und aktueller Daten ein neuer Report zum Stand der Gleichstellung, den das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung jetzt vorgelegt hat.

[Zusammenfassung und Download](#) im G.I.B.Newsletter 406

Berufsorientierung und -vorbereitung für Zugewanderte. Praxisleitfaden für die Auswahl von Teilnehmenden

Zahlreiche Personen mit Flucht- und Migrationshintergrund erhalten in Kursen der Berufsorientierung und -vorbereitung die für sie wichtige Unterstützung zur Aufnahme einer beruflichen Ausbildung. Das Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) hat im Auftrag des BIBB erstmalig geeignete Kriterien für die Auswahl von Teilnehmenden definiert und mögliche Auswahlverfahren identifiziert und bewertet. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Analyse sind mit diesem [Leitfaden für die Praxis](#) aufbereitet. Neben den Kriterien für eine transparente und zielgruppenspezifische Auswahl beinhaltet die Publikation zehn Steckbriefe, in denen ausgewählte Verfahren vorgestellt werden.

Leitfaden zur Rekrutierung ausländischer Fachkräfte

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz verbessert die Zuwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte aus Staaten außerhalb der EU (Drittstaaten). Der Leitfaden ["Möglichkeiten der Fachkräfteeinwanderung - Was Arbeitgeber wissen müssen"](#) erklärt kompakt alle rechtlichen Bestimmungen zur Beschäftigung von Fachkräften aus Drittstaaten.

Informationen über die Anwerbung und Integration neuer Fachkräfte lesen Sie im ["Fachkräfteeinwanderungsgesetz - Praxistipps für Unternehmen"](#).

Leitfaden für die Bildungspraxis: Digitalisierung in der beruflichen Rehabilitation. Wie die Implementierung einer digitalen Lernkultur gelingen kann

Digitales Know-how ist längst selbstverständliche Voraussetzung für eine Vielzahl an Arbeitsplätzen. Umso wichtiger ist es, dass Bildungseinrichtungen Lehrgangsteilnehmenden entsprechende Kompetenzen vermitteln. Dabei hinken sie aber noch häufig hinterher. Der Rückstand ist auch im Bereich der beruflichen Rehabilitation zu beobachten. Damit sie entsprechende Fähigkeiten und Fertigkeiten weitergeben können, müssen sich Leistungserbringer zunächst selbst für digitale Medien öffnen.

Der [Leitfaden des Forschungsinstituts Betriebliche Bildung \(f-bb\)](#) möchte Bildungseinrichtungen dabei unterstützen, eine digitale Lehr-, Lern- und Arbeitskultur zu etablieren.

IAQ-Report: Integration von jugendlichen Geflüchteten. Das Zusammenwirken von lebens- und arbeitsweltlichen Faktoren

Grundlage des [IAQ-Reports](#) sind Ergebnisse des Forschungsprojekts "Kooperation von Akteuren vorbeugender Sozialpolitik. Eine Analyse am Beispiel der Berufsorientierung jugendlicher Flüchtlinge" (KAS), das von September 2016 bis August 2018 vom Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) und dem Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert wurde.

Studie untersucht Ausbildungsqualität in den größten deutschen Unternehmen

Wer sich für eine Lehre beim Automobilzulieferer Robert Bosch, bei der Fluggesellschaft Lufthansa oder beim Energieversorger Innogy entscheidet, profitiert von einer intensiven Betreuung, einer fairen Entlohnung und hohen Übernahmechancen. Denn diese Unternehmen brillieren mit der höchsten Ausbildungsqualität in ihrer jeweiligen Branche. Das zeigt die Studie ["Deutschlands beste Ausbildungsbetriebe"](#) des Instituts für Management- und Wirtschaftsforschung (IMWF) im Auftrag von Focus Money, bei der insgesamt 1.001 Unternehmen ausgezeichnet wurden.

BWIHK-Studie "Lebenseinkommen von Berufsausbildung und Hochschulstudium im Vergleich"

Der kumulierte Verdienst einer Person mit Ausbildung und anschließender Weiterbildung liegt am Ende des Erwerbslebens fast gleichauf mit dem von jemandem mit Hochschulabschluss, nämlich bei etwa 1,4 Millionen Euro. Jedoch haben erstere bis zum 60. Lebensjahr, und somit während des größten Teils ihres Berufslebens, finanziell gegenüber den Akademikern die Nase vorn. Personen mit Berufsausbildung verdienen zwar rund 0,4 Millionen Euro weniger als Personen mit Studium, verfügen aber bis zu einem Alter von 35 Jahren über mehr Geld. Das sind u.a. die Ergebnisse [einer Studie des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags \(BWIHK\)](#), die die Verdienstmöglichkeiten einer Berufsausbildung und eines Studiums vergleicht.

Veranstaltungen

Fundraising digital: Kostenlose Webinarreihe

Für alle Einsteiger/innen ins Online-Fundraising sowie solche, die Online-Tools noch besser nutzen wollen, bietet das Sozialunternehmen "Haus des Stiftens" gemeinsam mit dem Fundraiser-Magazin acht kostenlose Webinare an. Im Zeitraum zwischen dem 30. März und 2. April 2020 beleuchten täglich zwei Webinare wichtige Fragen rund um das Thema "Online-Spenden erhalten die Freundschaft": ob E-Mail-Marketing, Facebook-Spenden oder Bewegtbild-Kommunikation via Smartphone. Die Webinare stehen allen Interessierten offen, eine vorherige Anmeldung ist erforderlich.

[Weitere Informationen](#)